

m Calw.
 10—5 Uhr nachm.
 Morgens 9—5 nachm.
 Ausstellung
 2.—
 Paul Olpp in Calw.

Freunde und
 Montag, 22. Oktober
 = Feier
 in Unterjesingen

Polizeibeamter,
 er, Schuhmacher,
 ein.
 in Unterjesingen.
 jeder besonderer Ein-
 vollen.

n, Feldhasen,
 s, Marder,
 ren Felle
 besten Preisen an.
 andonen gesucht
 persönlich.

r, Pforzheim
 Nr. 52, Fernspr. 1501
 erkauf.
 Auftrag am Donnerstag,
 2 Uhr, im Hause der
 gen Barzahlung:
 ge, polierte hoch-
 kost, 1 pol. Kleider-
 mode, 1 Leder-
 Marmorplatten,
 stiftiges.

kräftiger
 Junge
 das Mehrgewandwerk
 erlernen will
 kann eintreten.
 Bei wem, sagt die
 Geschäftsstelle dieses Blattes u.
 das Arbeitsamt.

Damen-
 Fahrrad
 noch sehr gut erhalten
 kaufen gesucht.
 Martha Leonhardt,
 Lederstraße 98.

60 Zentner
 Rohraben
 sucht zu kaufen.
 Hoffmannshaus Liebenzell.

Hier!
 in den Spalten
 der kleinen An-
 zeigen findet
 die praktische
 Hausfrau gute
 Gelegenheit
 überflüssig
 Hausgerät
 zu ver-
 kaufen!



Nr. 245. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 96. Jahrgang
 Erscheinungsweiße: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 75 Btg.
 Stellen Mt. 2.50. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 4.
 Donnerstag, den 20. Oktober 1921.
 Bezugspreis: In der Stadt mit Zustelldienst Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugs-
 preis Mt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Die Folgen des Fehlspruches v. Genf.

Dr. Hermann Paquette, Mitglied des Reichstags.
 Der Völkerverbund schlägt Deutschland eine Wunde, die sich niemals schließen wird. Wer könnte einen Schiedsspruch, wie er über Oberschlesien gefällt ist, verschmerzen? Die Bevölkerung nicht, die zu deutsch empfindet und kulturell mit dem Mutterland zu eng verknüpft ist, um sich an Polen zu gewöhnen, das Reich nicht, das unersehbar wirtschaftliche Werte verliert. Aber auch Europa wird den Schaden haben; denn seiner Befriedigung und Wiederherstellung sind jetzt kaum noch überwindliche Hindernisse in den Weg gestellt. Nicht Völkerverbände, sondern Völkerverhaß wird die Folge dieses Schiedsspruches sein.
 Nicht einmal Frankreich hat den erhofften Vorteil. Seine Politik ging dahin, auf Grund der Erze und der Kohle die wirtschaftliche Vorherrschaft zu gewinnen. Die Erze hat es, die Kohle sucht es auf dem Umwege über Polen und in weiterer Folge durch Besetzung des Ruhrgebiets sich zu sichern. Die französischen Politiker vergessen dabei nur, daß sie damit die Reparationen aufs Spiel setzen. Deutschland ist, nachdem ihm lebenswichtige Glieder von seinem Wirtschaftskörper abgetrennt sind, nicht mehr in der Lage, die mit dem Ultimatum übernommenen Verpflichtungen so, wie es früher wollte, zu erfüllen. Eine der Voraussetzungen seiner Zustimmung zum Ultimatum war die günstige Lösung des obereschlesischen Problems. Was der Schiedsspruch von Genf uns auferlegt, ist abgesehen von der Kohlenlinie, ungefähr die ungünstigste Lösung, die sich denken ließ. Wir verlieren nicht nur deutsche Städte mit ihrer Wirtschaftskraft, sondern gewaltige Industrieunternehmungen und Förderstätten für Metalle, die uns unentbehrlich sind. So hat sich die Grundlage für unsere Leistungsfähigkeit verändert. Auch das Wirtschaftsabkommen, dessen Annahme uns empfohlen wird, stellt keine Milderung dar, die die übrigen Verluste tragbar macht. Allerdings sollen während einer Uebergangszeit von fünfzehn Jahren alle Rohstoffe die Grenze ohne Zollabgabe passieren und gewalttätige Enteignungen von Privatbesitz nicht stattfinden. Aber was will das bezagen gegenüber den Schädigungen, die uns durch den Schiedsspruch unmittelbar treffen!

Die Erfüllung unserer Zahlungspflichten entgegenstehenden Schwierigkeiten waren ohnehin so groß, daß selbst der beste Wille sie nicht hätte auf die Dauer überwinden können. An diesem Willen hat es nicht gefehlt. Das beweisen die 15 Steuerentwürfe, die uns Lasten auferlegen, wie sie noch kein Volk getragen hat. Das beweist das Angebot der Industrie, das darauf abzielt, den Privatcredit einzufrieren und eine Schuld von 500 Millionen Dollar auf sich zu nehmen, die bei dem gegenwärtigen Kurs, viele, viele Milliarden Papiermark bedeuten. Auch der Handel, die Bankwelt, die Landwirtschaft sollten und wollten sich daran beteiligen, um die schweren Schäden zu vermeiden, die sich an die Devisenbeschaffung durch das Reich bisher geknüpft haben. Die Steuerentwürfe gelangen demnach an den Reichstag und werden von diesem so rasch erledigt werden, als es die Rücksicht auf die Grundsätzlichkeit nur zuläßt. Die Dollaranleihe ist im Werk, und es wird lediglich vom Ausland abhängen, ob sie zustande kommt. Wir sind zu einer hochprozentigen Verzinsung und zu einer 10prozentigen Tilgung bereit. Besser läßt sich der Erfüllungswille nicht beweisen. Die Verluste aber, die uns durch den Schiedsspruch treffen, verschieben die Erfüllungsmöglichkeiten. Ein Deutschland, das nicht mehr Herr ist über das obereschlesische Industriegebiet, das außerdem in den besetzten Gebieten seine Wirtschaftsadern unterbunden sieht, kann das nicht leisten, was es unter Entfaltung seiner vollen Kräfte hätte leisten können. Wir werden sehr viel früher, als dies sonst geschehen wäre, den Konturs erklären müssen.

Die am 15. November fälligen Zahlungen sind durch Sachleistungen gedeckt. Für den 15. Januar 1922 bringen wir die schuldigen Summen möglicherweise noch auf. Am 15. Mai aber ist die Krise vielleicht schon ausgebrochen. Das hat Frankreich mit seiner Außenpolitik und der Völkerverbund mit seinem Fehlspruch getan.
 Dazu kommen die innerpolitischen Rückwirkungen. Das Ratskennet Wirt ist bedroht; man weiß heute nicht, ob es dem ausgebrochenen Sturm standhalten können. Bräue es zusammen, so wäre der Wirrwarr vollendet. Politisch denken, heißt die Folgen voraussagen und üble Folgen nach Möglichkeit verhindern. Unter diesem Blickpunkt gesehen, sind die Männer, die den Schiedsspruch fällten, schlechte Politiker gewesen; sie haben Dinge angerichtet, die sie bei größerer Vorsicht hätten vermeiden können. Die Weltgeschichte wird den Spruch korrigieren. Aber bis dies geschieht, haben Deutschland und Europa noch schwere Leidenszeiten durchzumachen.

Annahme des deutsch-amerikanischen Friedensvertrags in Washington.

Washington, 19. Okt. Der Senat hat die Friedensverträge mit dem Deutschen Reich, mit Oesterreich und Ungarn ratifiziert. Ergänzend wird hierzu gemeldet, daß die Verträge mit dem Deutschen Reich und mit Oesterreich mit 66 gegen 20 und der Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen wurden.

Washington, 19. Okt. Bevor der Senat zur endgültigen Abstimmung über die Friedensverträge schritt, bei der eine um 8 Stimmen höhere Mehrheit erzielt wurde, als zur Zweidrittelmehrheit erforderlich war, ersuchten die Demokraten anstelle des Vertrags mit Deutschland den Versailler Vertrag mit dem von Lodge vorgeschlagenen 12 Vorbehalten zur Annahme zu bringen. Dieser Versuch mißglückte. Es wurden die vom Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte angenommen, durch die untersagt wird, daß sich die Ver. Staaten an der Reparationskommission oder an einer anderen internationalen Kommission ohne Zustimmung des Repräsentantenhauses als Mitglieder beteiligen. — Nach der Zustimmung des Senats zum Friedensvertrag steht nur noch die formelle Ratifikation aus.

Fortsetzung der politischen Aussprache in der französischen Kammer

Weitere Angriffe auf Briand.
 Paris, 19. Okt. In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Beratung über die Interpellationen zur allgemeinen Politik der Regierung fortgesetzt. Als erster Redner erhielt Barres das Wort. Nach seiner Ansicht berechtigt Einigkeit darüber, daß nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Wiederherstellung des Landes zu gewährleisten ist. Man wolle deshalb wissen, welche Mittel die Regierung anzuwenden gedenke, um dieses Resultat zu erzielen. Habe man die wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein aufgehoben, um das Ministerium Wirth zu befestigen, oder weil Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt habe? Barres verweist den Ministerpräsidenten Briand nicht, der oft erklärt habe, daß er nicht die Absicht habe, die Sanktionen zu beseitigen. Nicht nur Briand, alle wollten den Frieden. Durch die Aufhebung der Zoll-Linie am Rhein habe man die Situation Frankreichs über dem besetzten Deutschland geschwächt. Barres erklärte u. a. weiter, Frankreich könne sich am linken Rheinufer nur in Sicherheit fühlen, wenn es wisse, daß zwischen Frankreich und Preußen eine Zone moralischer Entwaffnung bestehe. Die Ausführung des Vertrags müsse garantiert werden. Minister Rathenau dürfe nicht sagen können: Kommen Sie nochmals nach Wiesbaden, um alles nochmals zu beraten. Am Rhein müsse eine Sicherheitszone geschaffen werden. Briand könne die Zustimmung der Alliierten hierzu haben. Die wirtschaftliche Kontrolle über diese Sicherheitszone dürfe die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands nicht beeinträchtigen. Ministerpräsident Briand erinnerte daran, unter welchen Bedingungen der Oberste Rat die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen erlassen habe. Die militärischen Sanktionen hätten den Charakter des Zwanges gehabt, um eine deutsche Regierung, die sich geweigert haben würde, den Friedensvertrag anzuerkennen, zu zwingen, daß sie ihn ausführe. Man bleibe in Ruhrore, Düsseldorf und Duisburg nicht in dem Wunsch, immer dort zu bleiben, sondern um den Willen erkennen zu geben, daß man die Ausführung des Vertrags sicherstellen wolle. Frankreich wolle seine Sicherheit garantieren. Die wirtschaftlichen Sanktionen hätten sich nur auf die Weigerung Deutschlands, die Reparationen anzunehmen, bezogen. Die wirtschaftlichen Barrieren paralysieren zum großen Teil die wirtschaftliche Tätigkeit, aber wenn man behauptet, weil die wirtschaftlichen Sanktionen verschwunden seien, müßten die militärischen Sanktionen, die die Sicherheit Frankreichs betreffen, auch verschwinden, so sei das eine Diskussionsart, gegen die er vollkommen entworfen sei. Der nächste Interpellationsredner, Abg. Maillard, sprach über die obereschlesische Frage und warf Briand vor, daß er die Regelung dieser Frage als eine solche bezeichnet habe, die nur durch die Sorge um die Gerechtigkeit erledigt werden könne, während Frankreich sich nur von der Angst um seine Sicherheit gegenüber Deutschland hätte leiten lassen dürfen. Der Redner sprach auch vom Saargebiet und fragte Briand, was er tun würde, wenn diese Frage gestellt würde. Briand antwortete, die Regierung werde alsdann die Mittel ins Auge fassen, um sie zu regeln. Briand fuhr fort, in der obereschlesischen Frage habe eine Meinungsverschiedenheit unter den Alliierten bestanden. Man dürfe nicht vergessen, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Kollektivvertrag sei. Maillard verlangte von dem Ministerpräsidenten Aufklärung über die Empfehlung des Völkerverbunds. Briand antwortete, das könne

er nicht. Sie sei nicht vertraulich, aber er glaube nicht, daß Schwierigkeiten mit England bei der Uebermittlung der Empfehlung entstehen würden. Schließlich sprach der Abgeordnete Maillard noch von der Washingtoner Konferenz und Briand erklärte, daß er es für unerlässlich halte, daß Frankreich durch seinen Ministerpräsidenten vertreten werde. Der nächste Interpellationsredner, Abgeordneter Perinard sprach über das Finanzabkommen vom 13. August. Auf seine Anfrage erklärte Finanzminister Doumer, daß die Besatzungskosten der französischen Armee bis zum 1. Mai 1921 beglichen sind. Seit dieser Zeit würden die Besatzungskosten alle Monate durch die Kohlenlieferungen Deutschlands ausgeglichen. Der Abgeordnete Graf Stanislaus de Castellane verlangte, daß mit der zusammenhanglosen Wirtschaftspolitik, unter der der Handel leide, ein Ende gemacht werde. Die Frage des Protektionismus bei Frankreichs Alliierten und der Verteilung der ehemals deutschen Handels-tonnage hätten Unruhe hervorgerufen. Der Redner besprach die wirtschaftliche Lage in Europa und erklärte, daß die Allianz mit England unerlässlich für die Wiederherstellung des Friedens in Europa sei. Eine Verminderung der Zahl der Arbeitslosen müsse vorbereitet werden, damit die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs gefördert werde. Frankreich könne allein die Bezahlung seiner Schulden sicher stellen. Der nächste Interpellationsredner, Abgeordneter Mandel, verlangte zuerst, daß der Ministerpräsident Briand mit ihm ein Zwiegespräch anknüpfe. Er gab zu, daß er gegen das jetzige Kabinett offen intrigiere.

Die Durchführung des Urteils von Genf.

Die Arbeit der Botschafterkonferenz.
 Mitteilung der Entscheidung an Deutschland und Polen am Donnerstag.

Paris, 20. Okt. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat gestern nachmittag die Redaktion der Mitteilung über die Entscheidung der Alliierten betreffend Oberschlesien beendet. Sie wird heute nachmittag der deutschen und der polnischen Regierung zugestellt werden. Die Mitteilung wird umfassen: einen Begleitbrief, den Text der Entscheidung der Alliierten und die Bestimmungen über die bei der Anwendung zu befolgende Prozedur. Diese Entscheidung ist bereits gestern abend der Interalliierten Kommission in Oppeln mitgeteilt worden und die für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission beauftragt worden, unverzüglich mit der genauen Festlegung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

Paris, 19. Okt. Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Vormittags-sitzung sich über das Verfahren geeinigt, nach dem den interessierten Regierungen die Entscheidungen der Alliierten über Oberschlesien heute notifiziert werden sollen. Die Botschafterkonferenz wird heute nachmittag 5 Uhr eine neue Sitzung abhalten, um die Redaktion der Mitteilungen zu vollenden, die in Warschau und Berlin gemacht werden sollen.

London, 19. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt über die Rechtschwierigkeiten, die bei der Frage der Durchführung der Völkerverbundsentscheidung auf der Botschafterkonferenz in Paris entstanden sind. Man hofft, daß Cecil, Hurst, oder Malcolm vom britischen Auswärtigen Amt in der Lage sein werde, an der für heute festgesetzten Botschafterkonferenz teilzunehmen. In London wird erneut hervorgehoben, daß die französische und die englische Regierung einer Meinung darüber seien, daß beide Fragen voneinander nicht zu trennen sind. In der Hauptsache handele es sich bei der Erörterung der Botschafterkonferenz um die Frage, in welcher Weise die politische Grenzlinie und der wirtschaftliche Plan zur Anwendung gebracht werden sollen.

Italien für die Durchführung der Entscheidung des Völkerverbunds.

Rom, 20. Okt. Die Agenzia Stefani meldet: Da die Regierung davon überzeugt ist, daß es im Interesse der allgemeinen Ruhe durchaus notwendig ist, ohne weitere Verzögerung zu einer Regelung in Oberschlesien zu gelangen, hat sie dem italienischen Botschafter in Paris Instruktionen geschickt, sich in der Botschafterkonferenz dafür einzusetzen, daß auf der Grundlage der Entscheidung des Völkerverbunds die Angelegenheit so rasch wie möglich gelöst wird.

Der englisch-französische Kuhhandel um Oberschlesien.

Madrid, 19. Okt. In einem Leitartikel des ABC wird behauptet, daß zwischen der Reise von Gunaris nach Paris und Oberschlesien ein Zusammenhang bestehe. Augenscheinlich habe Frankreich sich in der vorderasiatischen Frage den Wünschen Englands gefügt und dafür habe England in der obereschlesischen Angelegenheit Frankreich nachgegeben.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Valuta-Markt.

Frankfurt, 19. Okt. (Mittagsbörse.) Das Kennzeichen der Lage am Devisenmarkt ist stärkste Unsicherheit. Die Wertschwankungen sind bei wieder verkleinertem Geschäft enorm. In der Mittagsbörse schwankten in kürzester Zeit Dollarnoten von 174 bis 175 1/2 bis 169 1/2 bis 170, dann 171 1/4, 170 1/2, zu der späteren Abschwächung hatte die Nachricht von der Friedensratifikation durch den amerikanischen Senat beigetragen. (F. 3.)
Frankfurt, 19. Okt. 11 B. Der Devisenmarkt zeigt fortgesetzt sehr starke Schwankungen. Im heutigen Früherverkehr setzte zunächst der Dollar schwächer mit 167 1/2 M ein auf den gestrigen New Yorker Nachbörsekurs von 0.59, was einem Kurs der Reichsmark in Deutschland von M 169 1/2 entspricht. Die anderen Devisen zeigten dementsprechend niedriger ein. (F. 3.)
Berlin, 19. Okt. Die Nervosität des Devisenmarktes wurde, soweit überhaupt noch möglich, durch die amerikanische Kabelmeldung gesteigert, daß der Senat den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert habe. Das drückte auf die, wie bereits gemeldet, im Laufe des Vormittags wieder gesteigerten Kurse, jedoch die Gesamthaltung bei mäßigen Schwankungen eher schwächer war. Dollarnoten, die mit etwa 174 eingeseht hatten, schwankten später zwischen 170 und 172. (F. 3.)

Märkte.

Pferde und Vieh.

Balingen, 19. Okt. (Schweinemarkt.) Zuführt wurden 376 Stück Milchschweine. Handel sehr flau, nicht alles verkauft. Preis 100-270 M das Stück.

Obst und Mostobst.

(S. 3.) Stuttgart 18. Okt. Dem Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren 26 Wagen zugeführt, 6 aus Württemberg und 20 aus Frankreich. Preis Wagenweise für 1 Ztr. württ. Obst 105-110 M, franz. 83-105 M, im Kleinverkauf 109-112 M. Auf dem Wilhelmsplatz waren 12 000 Ztr. zugeführt. Preis für 1 Zentner 110-120 M. - Kartoffeln wurden 200 Ztr. zu je 70 M und Fildertraut zu 65 M der Zentner verkauft.

(S. 3.) Balingen, 19. Okt. Zuführt wurden 70 Sack. Tafelobst: Äpfel 1,30 M bis 1,50 M das Pfund, Birnen: 80-1,30 das Pfund, Mostobst, Äpfel 105-130 M der Zentner, Birnen 85-120 M der Zentner.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- u. Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Verkehskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Zur Behandlung der 1921er Weine.

Von Professor Meißner, Weinsberg.

Der hervorragende 21er Wein, der ein kostbares Gut darstellt, hat bereits nach doppelter Richtung die Besitzer solcher köstlicher Tropfen in Unruhe versetzt: Die Weine regen sich zum Teil im Faß nicht mehr, und manche von ihnen beginnen schon sich zu klären. Nach Ansicht unserer Bevölkerung darf beides zur Zeit noch nicht sein. Um Beruhigung in die aufgeregten Gemüter zu bringen, möchte ich auf beide Punkte hier kurz eingehen.

1) Nach meinen bis jetzt mit den 21er Weinen gemachten Erfahrungen handelt es sich beim Stummsein der in den Kellern lagernden Weine um zwei verschiedene Fälle. a) Der Wein ist vergoren, schmeckt also nicht mehr süß oder süßlich. Da kein Zucker mehr in dem Wein vorhanden ist, kann selbstverständlich auch keine Entwicklung von Kohlensäure mehr stattfinden, d. h. der Wein bleibt stumm, weil er mit der alkoholischen Gärung fertig ist. Da hilft dann kein Erwärmen des Weines, kein Aufrühren der Hefe, kein Zusatz von Reihese, kein Umwideln der Fässer mit warmen Tüchern, kein Heizen der Keller usw., vielmehr muß man, um das kostbare Getränk vor dem Braunwerden, dem Essiglich, dem Auftreten einer Kuhnhaut zu schützen, den schädlichen Einfluß der atmosphärischen Luft ausschalten, indem man die Fässer fast spundvoll mit Wein anfüllt und den Spunden entweder verkehrt auf das Spundloch des Fasses legt oder leicht in das Spundloch einsetzt. Ueberläßt man so den Wein der Ruhe, so wird er sich bald klären. b) Wenn der Wein dagegen noch süßlich schmeckt, was man durch eine Kostprobe leicht herausfindet, dann muß darnach getrachtet werden, daß die geringen Mengen Zucker möglichst

balid, jedenfalls ehe die Keller kalt werden, zur Vergärung gebracht werden. Bei dem hohen Alkoholgehalt der heurigen vorzüglichen Weine ist die Vergärung dieser geringen Zudermengen eine schleppende, wird aber durch Anwendung gärkräftiger Reihese der Weinsberger Versuchsanstalt leicht und schnell bewirkt, da diese Reihese sehr viel Alkohol vertragen können. Man muß deshalb die stummen Weine im Keller probieren, um zu erfahren, ob sie noch süß schmecken oder nicht, und wird dann das eine (a) Verfahren anwenden, oder b) den Zusatz von Reihese bei zuderhaltigen Weinen vornehmen müssen.

2) Daß die heurigen Weine nach der Vergärung des Zuckers sich so schön und schnell klären, ist nicht etwa ein Fehler, wie man gerne annimmt, sondern eine Folge der vermehrten durch gesunde Trauben. Anstatt froh zu sein, daß die Klärung der Weine so tadellos vor sich geht, sucht man unbegründeterweise auch hier verbessernd einzugreifen, indem man Zucker zu den alkoholreichen Weinen zusetzen will! Das ist unsinnig, ja außerdem für die zu verkaufenden 21er Weine nach dem Weingeße verboten! Auch bei sich klärenden Weinen ist durch eine Kostprobe in jedem einzelnen Falle zu entscheiden, ob sie noch süßlich sind oder keinen Zucker mehr besitzen, und es ist nach 1) oben zu verfahren. Dann handelt man technisch richtig und bewahrt die teuren Weine vor Fehlern und Krankheiten.

3) Da die heurigen Weine verhältnismäßig säurearm sind, muß es uns bei der Behandlung derselben darauf ankommen, ihnen diese Säure zu erhalten, weil sie sonst unharmonisch schmecken. Wir erreichen das durch möglichst süßes Lagern der Weine in mit langen Spunden verschlossenen und spundvollen Fässern, frühzeitiges Ablassen der Weine von der Hefe etwa anfangs Dezember, mittelstarkes Einbrennen der Weine beim ersten Ablich, schwaches Einbrennen der Rotweine beim Ablich. Man braucht nicht zu fürchten, daß der rote Farbstoff durch das Einbrennen verliert; im Gegenteil, die rote Farbe wird dadurch viel glänzender, feuriger, wird ein reines Rubinrot ohne den Stich ins Braune, wie wir ihn gerade bei vielen württembergischen Rotweinen beobachten können.

Für die Schriftleitung verantwortlich: F. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der M. Delschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Morgen Freitag, 21. Okt., nachm. von 2-3 Uhr Abgabe von Büchsenfleisch und Trockenfleisch auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8. Preis wie seither.

Amtsgericht Calw.
In das Handelsregister wurde heute die neue Einzelfirma: Georg Ziegler Hotel Waldhorn, Hauptniederlassung in Calw, Inhaber: Georg Ziegler, Hotelbesitzer in Calw eingetragen.
Den 19. Oktober 1921. Obersekretär Hirth.

Schafweide-Verpachtung.
Die hiesige Schafweide, die im Sommer mit 160 Stück, im Winter mit 300 Stück Schafen besahren werden darf, kommt am **Mittwoch, den 3. November 1921, vormittags 11 Uhr,** im Rathaus auf 3 Jahre, ab 16. März 1922, zur Verpachtung. Auswärtige Bieter haben ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen.
Calw, den 19. Oktober 1921. Stadtpflege: Frey.

Calw. Latrine kann wieder täglich abgeholt werden.
Stadtpflege: Frey.

Bitte lesen!
Die Schuhe schlagen auf, das hört man allgemein drum nehmet Euren Lauf in d. Haggass' wohl hinein da sitzt der alte Greiner mit seinem weißen Bart und verkauft seine Schuh' noch billig das ist so seine Art.
Karl Stoll, Haggasse.

Zug-Pferde
1 Paar schwere, la. im Zug, wegen Entbehrlichkeit preiswert abzugeben.
L. Woll, Sägewerk, Pforzheim-Dillstein.

Tapeten
in großer Auswahl auf Lager
Emil G. Widmaier, Bahnhofstraße.

Zur Haarpflege
empfehlen feinstes Brennessel-Haarwasser Birken-Haarwasser.
K. Otto Vinçon, Calw.

Calwer Viederfranz.
Samstag, d. 22. Oktober, abends 8 Uhr im „Badischen Hof“
Herbst-Aufführung
unter gütiger Mitwirkung hiesiger Musikkräfte.
Anschließend: **Tanz-Unterhaltung.**
Unsere verehrlichen Mitglieder werden hierzu freundlichst eingeladen. Der Ausschuß. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Bez.-Handels- u. Gewerbeverein Calw.
Anmeldungen zur Teilnahme an einem demnächst stattfindenden **Vorbereitungs-Kurs für die Meisterprüfung** oder nur zur Teilnahme an einem **Buchführungs-Kurs** auch von weiblichen Teilnehmern, sind sofort zu richten an **Vorstand Hch. Essig.**

Für den kleinen Haushalt meiner Schwester in Dinkels bei Frankfurt am Main **Suche Mädchen.**
Ich ein älteres, kinderliebes Mädchen.
Kenntnisse im Kochen sind nicht erforderlich.
Lisel Adolff.

Zwei tüchtige Gipsler
zum sofort. Eintritt gesucht
August Schröfel, Gipsmeister, Schömburg, O. A. Neuenbürg.

Sühner.
Oberkollbach. Verkauf 6 Stück, 2jährige
Friedrich Kirchherr.

Weißes Käzchen
mit grauer Schwanzspitze **verlaufen.**
Bitte abgegeben bei G. Müller, b. Lamm.
Im Auftrag habe ich **Markt 6000.-** auf Hypothek auszusetzen **Carl Reichert,** Agenturgesch. Mittl. Verleiche.
3000 Mark
auf doppelte Sicherheit aufzunehmen gesucht.
Best. Angebote unter Sch. St. 245 an die Gesch. ds. Bl.

Frische Seefische
empfehlen **Pfannkuch & Co.**

Gesucht
für sofort bezw. 15. November ehrtliches, fleißiges **Mädchen**
aus guter Familie, nicht unter 18 Jahren für Haushalt und Laden. Fam. Anschluss und gute Behandlung zugesichert. Frau Kaufmann Bader, Dürrenz-Mühlacker, Waldenstraße 30.
Verkaufe ca. 50 Zentner schönes

Weizen und Korn-Stroh.
Carl Scheuerle, Calw, Muegerei und Wirtschaf, Alzenberg. 4 St., 8 Wochen alte starke **Milch-Schweine**
verkauft
Ab. Dittus.

Auf vielseitigen Wunsch wird am Freitag, den 21. ds. Mts., abends 8 Uhr im Badisch. Hof **Der Glockenguss zu Breslau**
Altdeutsches Schauspiel vom M.-G.-C. Calw **nochmals aufgeführt.**
Vorverkauf der Karten zu Mk. 3.- u. 4.- in der Buchhandlung Kirchherr.

Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, 22. Oktober 1921 stattfindenden **Hochzeits-Feier** in das Gasthaus zum „Hirs“ in Althengstett freundlichst einzuladen.
Ernst Kömpf, Schmied, Sohn des Jakob Kömpf, Schmiedemeister.
Bertha Kling, Tochter des Jakob Kling, Bauer in Althengstett. Kirchgang 1/2 1 Uhr.

Böblingen-Altbulach-Helshausen.
Hochzeits-Einladung.
Zur Feier unserer **ehelichen Verbindung**
gestatten wir uns Verwandte, Freunde u. Bekannte auf Samstag, den 22. Okt. 1921 in das Gasth. „Hirs“ in Altbulach freundlichst einzuladen.
Otto Wilke, Koch, Sohn des Otto Wilke, Böblingen, Geflügelhof-Jägerhaus.
Lina Wentisch, Tochter des Jakob Wentisch, Bahnwärter a. D., Helshausen. Kirchgang 1/2 1 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland

Nr. 246
Die
Der ange
Partei, 20. O
ment über Obe
stenden des D
mig am 12. O
Die Grenz
fluß in Ober
in nordöstlich
jes Rathbor, be
Kleß, Stadt- u
nigshütte, Land
mit Tarnowitz,
Um die Fo
Oberseßli
bestmaß die S
wurden, folgend
Die Bahn
auch weiterhin n
schen Staates w
ren in Kraft tre
pläne sollen den
der Aufsicht d
mungsgebiet wi
überlegen darf
lungsmittel sein.
schen beiden St
und Telegramm
Geldsystems die
Zollverw
Grenze zusamme
einigen Ausnahm
naten Rohstoffe,
aus den industri
mungsgebiet kom
deren Partei der
sollen, solltet ü
die gleichen Erz
mung die Grenz
in das Ursprung
tale aus dem po
die Dauer von 3
in das heutige
gint mit dem S
schießung.
Kohlen u
Ausfuhr der G
lauben. Was d
fimmungen de
gen also, zwisch
unmittelbar ober
interessiert sind,
falls auf die Da
nisse nach Polen
Verchiebe
Wahnahmen mer
rang, die Arbeit
teilen im Gebiet.
im Kostimmungs
eine Verlehrsere
ohne Formlichkei
Die in Kraft
betreffend insbe
men, Arbeitergef
wo Polen eine
het, die an die G
Alle diese auf
treffenden Abkom
einer allgemeinen
Diese Konvention
git unter ein bef
breitung und d
men wird eine
Polen und Deut
den einer andere
mische oberseßli
sein. Ein Schiel
keiten zu regeln,